

Berufsunfähigkeitsversicherung: Prävention rückt in den Fokus

Psychische Leiden sind die Hauptursache für Berufsunfähigkeit (BU). Laut der aktuellen Statistik des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft geht fast jeder dritte Fall (29 Prozent) auf seelische Erkrankungen zurück. Tendenz: steigend, wie sich auch an den psychisch bedingten Fehlzeiten ablesen lässt, die sich zwischen 2006 und 2018 fast verdoppelt haben.

Um diesem unseligen Trend entgegenzuwirken, nehmen mehr und mehr Versicherer auch die Vorbeugung in den Fokus. Und zwar nicht nur Kranken-, sondern auch Berufsunfähigkeitsversicherer. Die neueste Entwicklung am Markt: BU-Policen, die den Versicherten Zugang oder Zuschüsse zu psychologischen Präventionsmaßnahmen gewähren. Das Spektrum reicht von Mental-Coach über Anti-Stress-App bis hin zu Online-Psychotherapie. Fruchtet eine solche Maßnahme, resultiert daraus eine Win-win-Situation – die Versicherten bleiben gesund, der Versicherer spart die Kosten für eine BU-Rente. Experten betonen allerdings, dass für die Tarifauswahl andere Leistungsmerkmale wichtiger sind. Eine fundierte Beratung ist daher vor dem Vertragsschluss unabdingbar.

Häuslebauer und -käufer nehmen immer höhere Summen auf

Den Anstieg der Immobilienpreise in deutschen Städten konnte auch die Coronakrise bisher nicht stoppen, sondern allenfalls abschwächen. Vor allem Eigentumswohnungen verteuerten sich nicht mehr so stark, während die Kurve bei den Hauspreisen weiterhin deutlich nach oben zeigt. Naheliegende Erklärung: Durch die Pandemie wächst das Bedürfnis nach Abgrenzung und Distanz, das in einem Einfamilienhaus einfach besser befriedigt werden kann als in einer Wohnung, deren Treppenhaus, Mülltonnen, Haustür etc. mit den Nachbarn geteilt werden.

Das schlägt sich auch in den Summen nieder, die Immobilienkäufer und Häuslebauer aufnehmen müssen. 334.000 Euro betrug das durchschnittliche Immobiliendarlehen deutschlandweit im Mai dieses Jahres. Gegenüber dem Vorjahresmonat bedeutet das ein Plus von mehr als 13 Prozent. Auch die Anschlussfinanzierungssumme legte im Durchschnitt zu, von 162.000 auf 171.000 Euro und damit um 5,6 Prozent. Die Zinsbindungsdauer ist mit 14 bzw. (bei Anschlussfinanzierung) 13 Jahren nach wie vor hoch – den niedrigen Zinsen sei Dank.

Versicherungsombudsmann zieht erste Bilanz

Seit gut einem Jahr vermittelt Versicherungsombudsmann Dr. h. c. Wilhelm Schluckebier mit seinem Team bei Unstimmigkeiten zwischen Versicherern und Kunden. Der ehemalige Richter am Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht übernahm die Führung der Streitschlichtungsstelle von Prof. Dr. Günter Hirsch. Im Fachmagazin procontra zog er nun eine erste Bilanz.

Eine Erkenntnis ist die „erfreulich geringe“ Anzahl von Beschwerden über freie Vermittler. Auf sie entfielen von den insgesamt rund 17.500 eingegangenen Beschwerden lediglich 260, also etwa 1,5 Prozent. Zudem hob Schluckebier hervor, dass die Vermittler sich „durchweg kooperativ“ verhalten. Häufiger hat er mit ihnen ohnehin in einer anderen Rolle zu tun: „In vielen Fällen vertreten Vermittler den Beschwerdeführer bei Beschwerden gegen das Unternehmen.“

Der Ombudsmann fungiert als unabhängige und kostenfreie Anlaufstelle für Versicherte, die sich ungerecht behandelt fühlen. Im Zuge einer außergerichtlichen Streitbeilegung kann er Versicherer bei Streitwerten bis 10.000 Euro zur Leistung verpflichten.

Dem Wasserstoff könnte die Zukunft gehören – auch an der Börse

Weg vom Kohlenstoff, so lautet die Devise für die Energiepolitik weltweit. Damit rückt Wasserstoff als Energieträger mehr und mehr in den Blick. In Form von Brennstoffzellen kann er Autos, Züge und Schiffe antreiben. Zudem hat er das Potenzial, das Speicherproblem zu lösen, das regenerativ erzeugter Strom mit sich bringt – auch wenn die Umwandlung von Energie in das Gas derzeit selbst noch viel Energie und damit Kosten verschlingt.

Da die Zweifel an der Praxistauglichkeit des Energieträgers auf breiter Front weichen, erleben Unternehmen mit Wasserstoff-Bezug seit einigen Jahren einen Boom. Anleger können mittels einschlägiger Fonds partizipieren, die in den letzten drei Jahren teils deutlich über 20 Prozent Rendite erzielt haben. Entsprechende Angebote gibt es beispielsweise von BlackRock, LBBW, DNB, Robeco und KBC. Derartige Themenfonds sollten allerdings nicht mehr als eine Beimischung zur Diversifizierung des Portfolios sein, da heftige Rückschläge für die Branche nicht ausgeschlossen werden können.

Stehen Rentnern mehrere Nullrunden ins Haus?

Gerade gab es zum 1. Juli noch mal einen kräftigen Aufschlag: Um 3,45 Prozent wurde die Rente im Westen angehoben, im Osten stieg sie sogar um 4,2 Prozent. Doch nun könnte der gesetzlichen Altersversorgung durch die Corona-Rezession eine längere Durststrecke bevorstehen. Eine Schätzung der Deutschen Rentenversicherung geht für das kommende Jahr von einer Nullrunde für Westrentner aus – der ersten seit 2010 –, während Ostrentner einen eher homöopathischen Zuschlag von 0,7 Prozent erwarten können. Experten wie der Freiburger Professor Bernd Raffelhüschen prognostizieren, dass eine Erhöhung nicht nur im nächsten, sondern auch im übernächsten Jahr ausbleiben könnte, „wenn sich der Wachstumseinbruch noch lange hinzieht“.

Langfristig wird das Rentenniveau ohnehin sinken, da die Zahl der Beitragszahler stetig ab- und die der Rentenempfänger zunimmt. Wer sich im Ruhestand nicht deutlich einschränken will, sollte deshalb privat und/oder betrieblich vorsorgen. Dazu stehen verschiedene Wege offen, von denen einige von staatlicher Seite gefördert werden. Der persönliche Finanzberater hat den Überblick und hilft gern weiter.

Deutsche sparen verstärkt – und mit Verlust

In Zeiten der Krise legt man gern mehr Geld auf die hohe Kante. So auch die Bundesbürger mit Beginn der Corona-Pandemie. Die Commerzbank vermutet, dass die Sparquote im zweiten Quartal auf 20 Prozent gestiegen sein könnte. Im ersten betrug sie laut Bundesbank 16,7 Prozent.

Mit ihrer tief sitzenden Vorliebe für verlustsichere Anlagen wie Sparbücher büßen die Deutschen jedoch tagtäglich Kaufkraft ein. 3,9 Milliarden Euro waren es allein im zweiten Quartal. Dass es nicht wesentlich mehr ist, geht auf die niedrige Inflationsrate zurück. Sie lag im zweiten Quartal bei 0,76 Prozent. Die durchschnittliche Verzinsung von Spareinlagen, Girokonten, Tages- und Festgeldern belief sich dagegen auf 0,13 Prozent, woraus sich ein Realzins von minus 0,63 Prozent ergibt.

Da die Inflation aber mittelfristig wieder deutlich ansteigen dürfte, während keine Zinserhöhung zu erwarten ist, wird der Kaufkraftverlust mittelfristig ebenfalls wieder zunehmen. Die Scheu deutscher

Anleger vor den Kapitalmärkten ist wesentlich dafür verantwortlich, dass das durchschnittliche Vermögen hierzulande trotz hoher Einkommen und Sparquote deutlich unter dem vergleichbarer Länder liegt.

Leitungswasserschäden werden immer teurer

Lediglich 15 der 50 größten Anbieter von Wohngebäudeversicherungen konnten in dieser Sparte in den Jahren 2013 bis 2018 einen Gewinn erzielen. Hauptgrund für das Minusgeschäft ist eine kontinuierliche Verteuerung von Leitungswasserschäden, wie sie beispielsweise nach einem Rohrbruch auftreten. Deren Durchschnittskosten legten zwischen 2011 und 2018 um über 55 Prozent (von 1.740 auf 2.704 Euro) zu, während die Schadensanzahl in etwa gleich blieb (rund 1,1 Millionen). Die daraus resultierende Schadenssumme von 2,94 Milliarden Euro machte 2018 in etwa die Hälfte aller Wohngebäude-Versicherungsleistungen aus. Unwetter fallen dagegen nur selten vergleichbar ins Gewicht – lediglich 2013 trieben sie mit den Sturmtiefs „Xavier“ und „Christian“ die Schadenskosten auf 2,34 Milliarden Euro. In den anderen Jahren schwankten diese zwischen 610 Millionen und 1,43 Milliarden Euro.

Wegen des chronischen Defizits werden wohl vielen Wohngebäudeversicherten Beitragserhöhungen ins Haus stehen, wie es sie auch in vergangenen Jahren bereits gab. Daneben fördern mehr und mehr Versicherer auch die Prävention, etwa in Form von Wassersensoren.

Immobilienrente auf dem Vormarsch

In den USA ist sie ein verbreitetes Modell, hierzulande noch weitgehend unbekannt: die Immobilienrente. Doch die Anbieter berichten von deutlich wachsendem Interesse an der Option, die eigene Immobilie in ein Alterseinkommen zu verwandeln, meist verbunden mit lebenslangem Wohnrecht. Denn das Dilemma spitzt sich zu: Immer weniger Rentner kommen mit ihren Altersbezügen hin. Zugleich verfügen viele von ihnen über eigene Immobilien, die sie aber äußerst ungern verlassen würden.

Die Immobilienrente ermöglicht es, das Alterseinkommen aufzustocken und zugleich in den eigenen vier Wänden zu verbleiben. Voraussetzung ist natürlich, dass diese nicht noch vererbt werden sollen. Es gibt verschiedene Modelle der Vertragsgestaltung, manche bergen Fallstricke. So sollte beispielsweise ein lebenslanges Wohnrecht im ersten Rang im Grundbuch eingetragen werden. Für den Fall, dass irgendwann ein Umzug ins Pflegeheim unausweichlich wird, sollte man eine Ausgleichszahlung festschreiben. Alternativ ist auch die Vereinbarung eines Nießbrauchsrechts möglich, dann kann die Immobilie vermietet werden – mit allen Rechten und Pflichten. Vor Vertragsabschluss sollte man sich gründlich unabhängig beraten lassen, da es sich um eine langfristige Weichenstellung handelt.